

Regierung die Abgrenzung der den einzelnen verän- derten Balkanstaaten zufallenden Gebiete als eine nur von diesen vier Staaten zu regelnde Angelegenheit. Eine Ausnahme machten die Fragen von internationaler Bedeutung, wie z. B. die Internationalisierung von Saloniki oder vielleicht auch von Konstantinopel, von gewissen Häfen oder Eisenbahnlinien, sowie die Autonomie Adoniens, Bulgarien verlangt die Abtretung von Rumelien mit Adrianopel bis zum Marmara-Meer mit einer Grenzlinie Rodosto bis Vidia am Schwarzen Meer. Somit verbliebe der Türkei Konstantinopel mit einem Hinterland, das noch die Verteidigungslinie von Thakatscha umfaßt. Im Süden beansprucht Bulgarien die Küste des Ägäischen Meeres von dem europäischen Ufer der Dardanellen bis zur Galtzibite mit den Hafenstädten Dedeagatzsch und Kawalla. Nach Westen geht die Grenze über Serres in den bulgarischen Teil von Mazedonien bis Monastir, das an Bulgarien fallen soll, während Keskub serbisch wird. Außerdem wird Bulgarien von der Türkei eine Kriegsentwädigung verlangen. — Die Abgrenzung der Interessensphäre in Mazedonien zwischen Bulgarien, Serbien und Griechenland soll der Verständigung der Kabinette vorbehalten bleiben, die bereits in dem Bündnisvertrag bestimmt worden ist. Die Teilung des Sandjaks wird Montenegro und Serbien überlassen, da weder Bulgarien noch Griechenland hier unmittelbar interessiert sind. Ebenso werden die serbischen Ansprüche auf einen Zugang zur Adria von der Verständigung mit Oesterreich-Ungarn abhängig gemacht, zu der Bulgarien seine neuen Dienste als Vermittler angeboten hat. Die serbischen Balkanstaaten erkennen den Großmächten nur das Recht zu, die Fragen internationaler Bedeutung selbständig zu regeln. Dazu gehört in erster Linie das Schicksal Konstantinopels und der Dardanellen. Die türkische Regierung sehr naturgemäß alle Hebel in Bewegung, um Stambul als Hauptstadt des Reiches zu erhalten und um den Sitz des Kalifen vor der Profanierung durch einen einmündig bulgarischen Truppen zu bewahren. In diesem Sinne sind die jetzt eingeleiteten Verhandlungen zum Abschluß eines Waffenstillstandes zu beurteilen. Die Porte will Zeit gewinnen, um den Vormarsch der Bulgaren aufzuhalten. Die Großmächte sind sich über das Schicksal Konstantinopels noch nicht einig. Der Gedanke an eine Internationalisierung der Stadt ist durch aus nicht auf Ablehnung getroffen, sondern spielt noch immer eine erhebliche Rolle. Daneben findet auch das Projekt Befestigung, Stambul nebst einem kleinen Hinterland der Türkei zu belassen. Jedemfalls wird diese Frage sehr bald zur Entscheidung kommen. Die militärischen Bedingungen des bulgarischen Generalstabes für den Abschluß des von Miamil Pasha nachgeschickten Waffenstillstandes werden durch die diplomatischen Verhandlungen nicht berührt. Die Türkei muß weitestgehende Sicherheiten bieten, daß sie nicht die Zeit der Ruhe benutz, um ihre Lage zu verbessern. Daher verlangt, wie aus Sofia gemeldet wird, die bulgarische Heeresleitung die Abkündigung der Thakatscha-Ports, die Uebergabe von Adrianopel, Skutari, Janina und Monastir, um den letzten Widerstand der einzelnen türkischen Garnisonen zum Aufheben zu bringen. Ob man auf der Porte diese strengen Bedingungen annehmen wird oder noch einen letzten Versuch zur Verteidigung der Hauptstadt wagt, steht noch nicht fest. Die Stellung an der Thakatscha-Linie ist jedoch unhaltbar, und in wenigen Tagen liegt Konstantinopel wehrlos vor den Siegern, die im Triumph in die Kaiserstadt einrücken wollen.

Das Schicksal Konstantinopels und Saloniki.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Konstantinopeler Korrespondent der „Post“ widerspricht den Ueberreibungen in den Schilderungen über die Lage in Konstantinopel. Er drückt aus, es hätte immer Würde besser angedauert, wenn das große Angebot fremder Kriegsschiffe unterblieben wäre, aber da diese nun hier sind, wird deren Bemannung, falls der für möglich gehaltene fluchtartige Rückzug der geschlagenen Truppen zur Tat werden sollte, Galata und Pera schützen durch Bildung eines großen Korps. Anzwischen empfehlen wir das größte Mißtrauen gegenüber den von Feigheit ausgebrüteten Mitteilungen. Weder brennt Galata an allen Ecken, noch haben die Bulgaren bisher die Zufuhr abgebrochen, noch harren uns von den Höhen der Stadt feindliche Geschütze an, und es ist sehr wahrscheinlich, daß der Krieg unverändert, ohne daß auch nur eine dieser Gefahren und Wirklich bedroht.

Wien. (Priv.-Tel.) In hiesigen diplomatischen Kreisen verläutet bezüglich der Stellung von Saloniki, daß von englischer Seite die Internationalisierung der Stadt gewünscht werde; andererseits wird man, daß sich Bulgarien in den Abmachungen mit Griechenland bereit erklärte, Saloniki als griechische Domäne anzuerkennen, und zwar als Gegenleistung dafür, daß Griechenland den Bulgaren eine Ausdehnung in das Ägäische Meer bis nach Kavala eingeräumt habe. Dies habe der griechischen Regierung nicht geringe Ueberwindung gekostet, weil dieses Küstengebiet größtenteils von Griechen bevölkert ist. Was Konstantinopel betrifft, so herrscht in hiesigen diplomatischen Kreisen die Ansicht, daß Konstantinopel wohl den Türken bleibe, jedoch unter internationaler Kontrolle gestellt werden wird.

Wien. Die „Wien. Ztg.“ meldet aus Konstantinopel: Hier herrscht große Verwirrung, nachdem bekannt geworden ist, daß auf ein energisches russisches und englisches Einschreiten in Sofia Bulgarien auf seine Abkündigung Konstantinopel zu bestehen, verzichtet hat. Man hofft daher auf einen günstigen Verlauf der Friedensverhandlungen, um so mehr, als in Finanzkreisen verläutet, daß eine französische Anleihe an Bulgarien unter der ausdrücklichen Bedingung eines Verzichtes auf einen Einmarsch in Konstantinopel und eine spätere Einverleibung Adrianopels erfolgt ist.

Die Vermittlungsversuche der Mächte.

Athen. Heute mittag unternahmen die Vertreter der Mächte nacheinander beim Minister des Äußereren einen Schritt, indem sie die von der Türkei erbetene Mediation für die Einhellung der Feindseligkeiten anboten und fragten, ob Griechenland die Mediation annehme und unter welchen Bedingungen. Der Minister antwortete, er werde Antwort geben, nachdem er sich mit den Verbündeten ins Einvernehmen gesetzt habe.

Frankfurt a. M. (Priv.-Tel.) Nach einer Berliner Meldung der „Frankf. Ztg.“ tritt zurzeit als praktischer Vorschlag, der den beteiligten Mächten vorliegt, in den Vordergrund das Projekt einer Bahnlinie von Diakonowa durch das Drintz nach San Giovanni di Medina, das dann als Handelshafen ohne territorialen Besitz den Serben zufallen soll.

Petersburg. (Priv.-Tel.) Die Mächte der Triple-Entente reagen, wie „Ritich“ meldet, von neuem die Einberufung einer Balkankonferenz an, da eine solche zur Uebertragung eines Teiles der türkischen Staatsschuld auf die Balkanstaaten notwendig ist. Außerdem wird geplant, der Konferenz verschiedene politische Fragen zu unterbreiten, die von neutralen Mächten, darunter auch von Rußland, aufgeworfen wurden; auch die Dardanellenfrage soll dabei berührt werden.

Paris. (Priv.-Tel.) Die Reise des Majors von Strempehl zur Thakatscha-Linie, die unter fremden Militärattachés in Konstantinopel Bestimmung erteilt wurde, scheint mit dem Waffenstillstandsgesuch der türkischen Regierung in ursächlichem Zusammenhang zu stehen. Der Großvezir scheint den Bericht über die militärische Lage, die er vom türkischen Oberbefehl erhält, nur sehr bedingt zu vertrauen und

wollte einmal mit Hilfe durchaus unbetagener und zuverlässiger Augen klar sehen. Deshalb hätte er den deutschen Militärattaché gebeten, einmal die türkischen Stellungen gründlich zu besichtigen und ihm seine Eindrücke offen mitzuteilen. Major v. Strempehl habe mit Zustimmung des deutschen Vorkämpfers diesen Auftrag angenommen, sei nach Thakatscha gereist, habe die 40 Kilometer der türkischen Stellungen genau besichtigt und bei der Rückkehr nach Konstantinopel dem Großvezir ohne Umschweife erklärt, daß sie nicht zu halten seien, daß die türkischen Truppen sich nicht mehr in der Verfassung befänden, eine Hauptkassette zu liefern, und daß es das beste sei, dem Blutvergießen Einhalt zu tun. Daraufhin hätte der Großvezir in Uebereinstimmung mit den Ministern die entsprechenden Befehle an den türkischen Oberbefehl gelangen lassen, Musurus Bey mit besonderem Auftrag nach Europa geschickt und selbst unmittelbar in einem Telegramm an den König Ferdinand um den Frieden gebeten.

Der Kampf um Skutari.

Wien. (Priv.-Tel.) Aus Skutari wird gemeldet: König Nikolaus von Montenegro ließ die Konsulin in der Stadt auffordern, auf den türkischen Kommandanten Rifa Bey einzurücken, daß er mit Rücksicht auf die türkischen Niederlagen auf dem Balkan die Verteidigung Skutaris als zwecklos aufhebe. Die Konsulin haben jedoch unter Berufung auf ihre Neutralität abgelehnt. Rifa Bey erklärte, daß er Skutari bis auf den letzten Mann verteidigen werde, auch wenn sich Konstantinopel ergebe.

Vari. (Priv.-Tel.) Aus Antivari wird gemeldet: Die Montenegriner, die nicht allein dazu imstande sind, haben die angebotene serbische Hilfe zur Erstürmung Skutaris und dem Tarabosch angenommen. Der General Rukowitsch geht mit seiner Kolonne nach Skutari, um Martinowitsch zu unterstützen. Auch General Rukowitsch ist in Diakova angeblich frei geworden und kommt nach Skutari.

Belgrad. Ministerpräsident Pašitsch ist heute vormittag zurückgekehrt.

Paris. (Priv.-Tel.) Der bulgarische Finanzminister Teodorow sagte dem Vertreter der „Dépêche de l'Agence“ in Sofia: Die ausländischen Besitzer bulgarischer Staatswerte können vollkommen ruhig sein. Alle Zinscheine, die bis Mai 1913 fällig sind, sind mehr als gedeckt durch die 88 Millionen Francs, die Bulgarien in ausländischen Banken liegen hat. Auch die Interessen der Mäntiger der Türkei werden in keiner Weise beeinträchtigt werden.

Drahtmeldungen

am 16. November.

Schwierigkeiten beim Einkauf russischen Fleisches.

Berlin. (Priv.-Tel.) Nach hierher gelangten Nachrichten sollen sich Schwierigkeiten für den Einkauf von russischem Fleisch insofern ergeben haben, als durch den Bezug einiger deutscher Städte und infolge der verstärkten Nachfrage nach Matrosen die Preise für bestes Vieh dauernd steigen. Das in Warschau und in nächster Nähe vorhandene gewöhnliche Vieh soll schon verparfitt sein. Es muß deshalb auf geringeres Vieh und auf Matrosen aus entfernteren Gebieten zurückgegriffen werden. Sollten auch diese kein Matrosen mehr liefern, dann ist eine weitere Preissteigerung bei anhaltender Nachfrage in Warschau nicht ausgeschlossen. Gut gemästete Leihen sind ganz erheblich im Preise gestiegen. Ruher Dresden, Berlin, Witten, Kottbus um treten jetzt auch pommerische und westpreussische Kommunen, sowie Breslau, Königsberg, Elbina, Tilsit in Rußland, Tauronien, Warschau usw. als Käufer auf. Die Auktion für einen russischen Ausfuhrzoll auf Fleisch und für einen Einfuhrzoll auf deutsches Getreide wird von den Interessenten fortgesetzt eifrig betrieben.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.

Berlin. (Priv.-Tel.) Das Abgeordnetenhaus setzte die zweite Beratung des Wasserrechts fort und erledigte die Bestimmungen über Stauanlagen und Talperrren, sowie über die Unterhaltung der Wasserläufe und ihrer Ufer. Man hofft, morgen die zweite Lesung beenden zu können, worauf eine Pause in den Plenarverhandlungen eintreten soll. — Die Geschäftsordnungskommission hat hinsichtlich einer Revision der Geschäftsordnung die Beschlüsse einer Vorberatung beschlossen, die die Beschlüsse einer Vorberatung der Präsidenten zur Aufrechterhaltung der Ordnung entsprechen werden muß und daß der Präsident eine Erörterung über die Rechtmäßigkeit und Zweckmäßigkeit der von ihm getroffenen Anordnungen bis zum nächsten Sitzung verziehen kann. — In der Kommission zur Beratung der Sicherung der Sparkassen gegen Kursverluste an den Börsen durch das Gebot auferlegten Anwartschafts- und anderen Inhaberpapieren erklärte der Antragsteller Abg. Waldstein (Sp.), eine Versicherung der Sparkassen gegen das Kursrisiko und einen Bombardierungswagnis gegenüber dem Staat zugunsten der Banken als unannehmbar, eine Voranschaltung der Sparkassen bei der Bombardierung durch Staats- und Reichsinstitute dagegen als denkbar. Er ersucht, einen Teil der Staatsanleihen nach amerikanischem Muster mit festem, nicht zu kurz bemessenem Rückzahlungstermin auszugeben. Der Präsident der Seehandlung widerspricht diesem Vorschlag, indem er darauf hinweist, daß die Seehandlung schon jetzt dem Bedürfnis der Sparkassen nach sehr zahlreichem Anlagepapieren genügt. Zu einer Beschlußfassung kam es noch nicht.

Vorbereitungen auf eine neue Panzerplatte.

Berlin. (Priv.-Tel.) Wie der „Post“ berichtet wird, hat am 7. d. M. auf den Schießständen der Gardeschützen an Dablen ein Versuchschießen auf Nickelstahlpanzerplatte höherer Widerstandskraft und auf eine neue Kompositionspanzerplatte stattgefunden. Diese Kompositionspanzerplatte ist die Erfindung des Ingenieurs Schumann. Die Vorführungen des Schießens fanden durch den Hauptmann der Landwehr Ernst Freiherrn v. Wrangel statt, und das Endergebnis war verblüffend. Geschossen wurde zunächst aus 500 Meter Entfernung, und zwar mit dem Infanteriegewehr 98 und mit 8-Munition mit verhärteter Ladung. Geschossen wurde eine 35 Millimeter starke Nickelstahlpanzerplatte höherer Widerstandskraft und eine Schumannsche Kompositionspanzerplatte, deren Gewicht einer 3 Millimeter starken Nickelstahlpanzerplatte gleichkommt. Die 35 Millimeter-Panzerplatte wurde alsbald durchschlagen, die Kompositionspanzerplatte zeigte keine Eindrücke. Man ging auf 80 Meter Entfernung heran. Eine 7 Millimeter starke Nickelstahlpanzerplatte wurde höherer Widerstandskraft wurde alsbald durchschlagen. Alsdann wurde der Versuch gegen eine Kompositionspanzerplatte vorgenommen, deren Gewicht einer 6 Millimeter starken Nickelstahlpanzerplatte gleichkommt. Auch diese Kompositionspanzerplatte zeigte nach der Beschießung nur leichte Eindrücke. Verschiedene andere Versuche brachten die gleichen Resultate. Kompositionspanzerplatten sind leichter im Gewicht als Nickelstahlpanzerplatten, haben eine bedeutend höhere Widerstandsfähigkeit und können daher als Schutzwaffe unbedingte Ueberlegenheit gegenüber den heutigen Nickelstahlpanzerplatten beanspruchen. Dazu kommt, daß die Herstellungskosten viel niedriger sind als die unserer heutigen Nickelstahlpanzerplatten. Eine weitere bedeutende Fortschrittmetalle „Elektron“ Anfang kommenden Jahres in

den Handel kommt. — Der militärische Gewährsmann der „Post“ läßt hinaus: Soll diese hochwichtige Erfindung nicht an das Ausland verfallen gehen, muß das Deutsche Reich schnell eingreifen, und vor allen Dingen muß das deutsche Kapital lehr Sorge tragen, daß diese Erfindung uns gesichert bleibt; denn wie ich erfahre, bemühen sich bereits Ausland, Oesterreich-Ungarn und die Vereinigten Staaten auf das lebhafteste, die Erfindung für sich zu gewinnen.

Taufe am medienburg-schwerzischen Hote.

Leipzig. Heute nachmittag fand im goldenen Saale des großherzoglichen Schlosses die Taufe des langhalsgeborenen Prinzen statt. Der Taufling erhielt den Namen Christian Ludwig. Auf die feierliche Handlung folgte eine Gratulationsfeier im Saale der Großherzogin. Heute abend ist Galaballer zu 110 Bedeckten.

Ein Finanzkonflikt im reichsländischen Landtag.

Strasburg. (Priv.-Tel.) Die Budget-Kommission der Zweiten Kammer des reichsländischen Landtags hat auf Antrag des Zentrum bei der dritten Lesung der Besoldungsordnung die Gehälter der höheren Beamten zum Teil recht beträchtlich herabgesetzt. So wurde das Gehalt des Oberlandesgerichtspräsidenten von 16500 auf 8800 Mark herabgesetzt, die Bezirkspräsidenten sollen sogar 4500 Mark weniger erhalten. Der Ministerialdirektor wurde von 15000 auf 12500, die Unterstaatssekretäre wurden von 22000 auf 18000 und der Staatssekretär von 36000 auf 28000 Mark herabgesetzt. Außerdem wurden fast alle Gehälter zwischen 9000 und 5000 Mark um durchschnittlich etwa 500 Mark herabgesetzt und die Einrichtung der arbeiter Wohnwohnungen gekürzt. Der Staatssekretär erklärte die Beschlüsse der Kommission, für die alle Fraktionen mit teilweiser Ausnahme der Fortschrittler eintraten, als unannehmbar.

Für die Kriegsbereitschaft der schweizerischen Armee.

Genève. (Priv.-Tel.) Das eidgenössische Militär-Departement hat 1500 Wagenladungen Weizen für die Armee angekauft. Der Bundesrat ermächtigte das Militär-Departement zu diesem Ankauf auf Grund des Bundesratsbeschlusses vom 20. Januar 1892 über die Kriegsbereitschaft der schweizerischen Armee, wonach der Bundesrat beauftragt ist, die für die Verpflegung der Armee unentbehrlichen Vorräte zu beschaffen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der König von Schweden ist heute früh hier eingetroffen und hat sich nach der schwedischen Gesandtschaft begeben.

Berlin. (Priv.-Tel.) Zwischen Neuchâtel a. Y. und Sachsen-Weimar-Schweben Verhandlungen über einen Weizensaustausch. Es handelt sich um den Austausch der russischen Enklave Reudorf und des russischen Teils von Hohendöhlen gegen das weimarische Kirchdorf Waltersdorf, in das bereits russische Ortschaften eingeparrt sind. Nicht weit von Waltersdorf bei dem kleinen russischen Ort treffen die drei Grenzen von Weimar, Neuchâtel a. Y. und Neuchâtel a. Y. zusammen.

Dalle a. S. (Priv.-Tel.) Bürgermeister Scherff in Kranichfeld in Thüringen, der erste Direktor des Kranichfelder Bankvereins, wird seit dem 5. d. M. vermisst. Der Staatsanwalt, der Unterschlagungen vermutet, beschlagnahmte heute die Bücher und die Kasse des Bankvereins. London. Bei der Explosion auf dem Schießplatz von Shoeburyness handelt es sich um ein großkalibriges Geschütz. Stücke davon wurden 2 bis 3 Meilen weit entfernt aufgefunden. 4 Mann wurden schwer und 12 Mann leicht verletzt.

Petersburg. (Priv.-Tel.) Vor wenigen Tagen wurde in dem am Newski gelegenen Palais des Grafen Stroganow ein Einbruchsdiebstahl verübt. Die Polizei hat jetzt den Einbrecher in der Person des früheren Abgeordneten der zweiten Duma, Kusnezow, entdeckt, der als eifriges Mitglied der Arbeitsgruppe durch seine Nebenbekannt war. Der damalige Duma-Abgeordnete hat eine gut organisierte Diebesbande in Petersburg zusammengestellt und ihre Einbrüche geleitet. Es wurden ihm gestern und heute bereits über zwanzig schwere Einbrüche in Petersburg nachgewiesen.

Berlin, 15. November. In der heutigen Sitzung des Gesamtausschusses der Spiritus-Zentrale wurde der Preis für unversickerten Spiritus um 4 M., also für Primasprit in Berlin auf 65,50 M. herabgesetzt.

Frankfurt a. M. (Schluß, abends.) Credit 196 1/2. Diskonto 184 1/2. Dresdner Bank 158. Staatsbahn 149 1/2. Rüböl. Paris. 16 Uhr nachmittags. 8 1/2 Rente 90,15. Italiener 94,80. Spanier 92. 4 1/2 Türken unifiz. 83,95. Türkenlose 188,50. Lombarden 112. Dittamantant 65. Weizen per November 28,70, per März-Juni 27,05. Weizen per November 72,50, per Mai-August 68,50, Weizen — Spiritus per November 47, per Mai-August 48, Schmalz. London. (Warenmarkt.) Ausländischer Weizen ruhig, aber stetig. Englischer Weizen trägt, 8 d. niedriger. Amerikanischer Mais kein Angebot. Domauer Mais kein Angebot. Amerikanischer Weizen ruhig. Englischer Weizen ruhig. Gerste schwach, 8 d. niedriger. Hafer kaum stetig.

Vertliches und Gächliches.

— Die Frau Herzogin Marie zu Mecklenburg-Strelitz hat ihr Erscheinen zu dem am Sonntag, 17. November, abends 8 Uhr, im Saale der Dresdner Kaufmannschaft, Worthstraße 1b, stattfindenden Frik-Reuter-Abend angeht.

— Kommissionsrat Hermann Thinius †. In seinem Bestium in der Niederlöhnitz ist gestern nachmittags 1 Uhr nach längerem Leiden Herr Kommissionsrat Thinius, 78 Jahre alt, gestorben. Der Entschlafene war am 20. Dezember 1839 in Dresden geboren und trat als Buchhändler in die Lehre. Später wurde er Privatsekretär bei den Forschungsreisenden Schlagintweit in Berlin und München und war hierauf im Verlag von Otto Spamer in Leipzig tätig. 1896 heiratete er nach Chemnitz über und wurde Chefredakteur des dortigen Tagesblattes. 1878 trat der Entschlafene in die Redaktion des „Dresdner Anzeiger“ ein und war bis 1901 dessen Hauptredakteur. Der Verstorbenen war Mitbegründer des Vereins „Dresdner Presse“, dessen Ziele er eifrig förderte. Bis in die letzte Zeit nahm er noch an allen Vorgängen des öffentlichen Lebens regen Anteil. Die Beerdigung erfolgt am Montag in Köpchenbroda.

— Das Orisgeley über die Einverleibung der Gemeinde Reich nach Dresden lag gestern dem Bezirksauschuss der Amtshauptmannschaft Dresden-Altkadt vor. Bei der Einverleibung kamen für die genannte Körperchaft hauptsächlich drei Punkte in Betracht: Die Auseinanderlegung des zuständigen Bezirks mit der Stadt Dresden über die Schachloshaltung des Bezirks für den Verlust einer Steuerkraft wie Reich. Mit dieser wichtigen Erörterung wird sich der Bezirksrat zu beschäftigen haben. Weiter hatte der Ausschuss die Frage zu prüfen, ob in dem gemeinsamen Orisgeley, gemäß dem die Einverleibung zur Tatsache werden soll, das Interesse von Reich genügend gewahrt ist. Der Referent erklärte hierzu, daß der Entwurf des betreffenden Gesetzes die Rechte von Reich weitgehend wahre, so daß sich der Ausschuss dabei beruhigen könne. Es sei wegen der großen wirtschaftlichen Interessen, die Dresden schon seit längerer Zeit in Reich besitze, erklärlich, daß Dresden den Ort einzuverleiben trachte. Was die Schwimmkarikation, Straßenreinigung und Verschönerung angeht, so sei hierüber bereits früher zwischen den beiden Gemeinden ein Abkommen getroffen worden.